

# Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

## Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neeb'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 60

Freitag den 13. März 1931

89. Jahrgang

### Der Endspurt im Reichstag

Um die sozialdemokratischen Forderungen. — Widerstand gegen Reichstagsvertagung bis zum Herbst. — Neue Kämpfergespräche mit Dingeldey und Sozialdemokraten.

Berlin, 12. März. In politischen Kreisen beschäftigt man sich lebhaft mit der weiteren Entwicklung, die die parlamentarische Lage bis zur Erledigung des Etats und der anderen großen Gesetzesvorlagen nehmen wird. Die Stimmhaltung der Sozialdemokraten bei der Ausfertigung des Reichshaushalts wird als ein gewisses Entspannungsmoment betrachtet. Man glaubt auch, daß die Sozialdemokraten in der Behandlung ihrer sozialpolitischen Forderungen der tatsächlichen Lage Rechnung tragen werden, die der Reichsfinanzminister in seiner heutigen Rede darstellte. Auch Dr. Stegerwald widersetzt sich einer Senkung des Reallohnes auf lange Sicht. Im Hinblick auf die steuerlichen Forderungen der Sozialdemokraten scheinen die Schwierigkeiten im Augenblick größer zu sein. Das Verlangen, den Vermögenssteuereinklag für die größeren Vermögen von 0,5 auf 0,6 Prozent zu erhöhen, hat der Reichsfinanzminister mit Rücksicht auf die Gefahr einer neuen Steuerflucht abgelehnt, ebenso einen fünfprozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer für die Jahreseinkommen über 20000 Mark. In Kreisen der Bürgerlichen Mitte rechnet man damit, daß dieser letzte Vorschlag trotzdem im Reichstag eingebracht wird in der Erwartung, daß eine sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit für ihn zu schaffen wäre. Dann würde nach unseren Informationen wahrscheinlich von rechts her versucht werden, den Reichstag durch Verlassen des Sitzungssaales beschlußunfähig zu machen und so die Annahme des Antrages zu verhindern. Wie weit durch Rückwirkung auf die sozialdemokratische Einstellung damit eine Aufbühung der parlamentarischen Lage zu erreichen sein würde, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Leichter liegen die Dinge bei der dritten Forderung, der Lantimeinnehmer. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß dieser Antrag angenommen wird, ohne daß die Deutsche Volkspartei ernstliche Schwierigkeiten macht. Die Wirtschaftspartei beabsichtigt sogar, für diesen Antrag zu stimmen.

Im großen Zusammenhang der parlamentarischen Gestal-

tung kann aber noch eine andere Frage von erheblicher Bedeutung werden, nämlich die Dauer der Reichstagsvertagung. Bisher hatte man angenommen, daß auch die Sozialdemokraten einer Vertagung bis in den Herbst hinein nichts in den Weg legen würden. Wie wir nunmehr hören, wünschten sie aber, daß die Parlamentspause zunächst nicht länger als bis kurz vor Pfingsten, also bis Ende Mai, ausgedehnt wird. In Kreisen der Reichsregierung wird eine längere Vertagung schon deshalb für notwendig gehalten, weil das Kabinett erst nach dem Abschluß der Reichstagsverhandlungen an die eigentliche positive Arbeit gehen kann und dann alle Kraft für die Ausführung der Gesetzeswerke braucht, die der Verrückung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage dienen soll. Der Reichskanzler ist demüht, noch einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten zu finden, die sich noch während des letzten Teiles der Reichstagsvertagung eingestellt haben. Diesem Ziele gilt offenbar auch eine längere Aussprache, die er gestern abend mit dem Führer der Deutschen Volkspartei hatte, er wird außerdem heute wohl auch mit den Sozialdemokraten sprechen.

#### Aus dem Reichstag

Berlin, 12. März. Der Reichstag nahm heute in dritter Beratung die Novelle zum Kraftfahrzeugschulgesetz an. Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wurde begonnen und soll am Freitag fortgesetzt werden.

#### Die hohen Gehälter

Berlin, 12. März. Die Gehälter der leitenden Beamten der Reichsbahn und der Reichsbank, die mehrfach Gegenstand von Diskussionen gewesen sind, werden jetzt von der Regierung bekannt gegeben. Der Generaldirektor der Reichsbahn bezieht 97 000 Mark und freie Wohnung, der Reichsbankpräsident 168 000 Mark. Der Vertreter des Generaldirektors der Reichsbahn erhält 62 000 Mark, der Vizepräsident der Reichsbank 112 000 Mark. Die Vorstandsmitglieder der Reichsbahn erhalten 36 400 bis gegen 48 000, die Reichsbankdirektoren 84 000 Mark.

### Die Mark steigt — der Franken fällt

Seit einigen Tagen steigt die Mark fortgesetzt an allen Auslandsbörsen, während umgekehrt in Deutschland die Devisenkurse, vor allem der französische Franken, aber auch das englische Pfund, nach unten gehen. Der französische Franken liegt im übrigen international schwach, weil offensichtlich die Goldhortungspolitik Frankreichs ihr Ende erreicht hat, weil Frankreich, an dessen Grenzen jetzt das Gespenst der internationalen Wirtschaftskrisis pocht, sich zur Inangriffnahme eines langfristigen Kapitalexportes rüstet. Die Steigerung der Mark im Ausland hängt in erster Reihe damit zusammen, daß das Ausland seit geraumer Zeit beständig deutsche Renten, aber auch in beschränktem Umfang, deutsche Industriepapiere kauft. Da gleichzeitig auch deutsche ins Ausland (vor allem in die Schweiz) geflüchtete Kapitalien wieder in deutschen Wertpapieren angelegt werden und auf diese Weise in die Heimat zurückwandern, so herrscht überall im Ausland stärkere Nachfrage nach Reichsmark. Das alles deutet auf eine gewisse europäische Entspannung und noch mehr darauf hin, daß ausländische Finanzkreise mit dem baldigen Zustrom langfristigen Kapitals nach Deutschland rechnen.

Darauf hängen sich diese Hoffnungen, die bis zu einem gewissen Grade auch in maßgebenden deutschen Finanzkreisen geteilt werden? In Augsburg legt man augenblicklich die in Paris begonnenen deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen fort. Von deutscher Seite sind an diesen Verhandlungen u. a. Geheimrat Bacher vom Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie (gleichzeitig Generaldirektor der A.G.) und der bekannte Hamburger Bankier Warburg beteiligt, der in enger verwandtschaftlicher Beziehung zu der New Yorker Banque Paribas steht. Von französischer Seite ist auch M. Serruys anwesend, der auf wirtschaftspolitischen Gebiet die „rechte Hand Briands“ ist. Die Bedeutung dieser Verhandlungen wird im Ausland offensichtlich weit höher eingeschätzt als in Deutschland. Die Dünzelschreibung Warburgs spricht dafür, daß auch Finanzfragen zur Sprache kommen, vor allem also wohl die Frage des langfristigen französischen Kapitalexportes nach Deutschland. Außerdem dürfte prinzipiell über die Möglichkeit einer Intensivierung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen und verstärkte Zusammenarbeit u. a. in der Eisen- und Stahlindustrie gesprochen werden.

Was die größere Beteiligung französischen Kapitals in Deutschland betrifft, ist festzustellen, daß die Gründung einer Anzahl von französischen Investmenttrusts in Vorbereitung ist, die dem französischen Sparrer, der immer noch sehr stark vor jedem Risiko zurücksteht, die Möglichkeit geben würden, sein Kapital gewissermaßen unter Aufsicht dieser Investmenttrusts in ausländische, auch deutsche Unternehmungen zu stecken. In der kürzlich gegründeten Internationalen Bodencreditbank in Basel ist eine Zwischenstelle für den französischen Kapitalexport nach Deutschland in Gestalt von Realcredit geschaffen worden.

Die Vielheit der Pläne, die augenblicklich in Vorbereitung sind, und die darauf abzielen, den französischen Goldbesitz der deutschen Wirtschaft nutzbar zu machen, verdient die größte Beachtung. Wir erinnern hier nur an die internationale Hypothekendarlehen in Amsterdam, an Krongeldkreditpläne und an das Projekt einer englisch-französischen Weltwirtschaftsbank, ferner an die Arbeit der Reparationsbank in Basel, die jetzt endlich aus ihrer Passivität herauszutreten und langfristige Kredite zur Wüderung der Weltwirtschaftsströme und Kredite zur Hebung des deutschen Exportes geben will. Der Präsident der Bank von England, Montague Norman, setzt sich sehr energisch für eine derartige Ausdehnung der Kreditpolitik der Reparationsbank ein.

#### „Grabsteine auf den Gräbern der Völker“

Rom, 12. März. Im Bericht des Haushaltsausschusses der italienischen Kammer zum Vorschlag des Außenministeriums heißt es u. a.:

Die Schwere gewisser Verträge und die fortwährenden Leiden der Kriegesopfer und Kriegsbeschädigten, die Teilung in bewaffnete und unbewaffnete Nationen, die neuen militärischen Bündnisse haben Europa lange in Unsicherheit und Spannung gehalten. Die Völker und die Initiatoren gewisser Staatsmänner in beträchtlicher Weise zur Überwindung des Krieges beigetragen haben, bleibt eine tiefe Klage bestehen und zu einer tatsächlichen sicheren Wiedervereinigung der Völker ist noch ein weiter Weg. Darin liegt der Grund des heutigen Problems. Alle sind von dem Gefühl des Unabsehens befeuert, die Nationen, die noch im Zustand der Minderwertigkeit gehalten werden und auch diejenigen, die rufen, um den gegenwärtigen Zustand zu verteidigen. Aber nichts ist ewig, noch dogmatisch unantastbar in der menschlichen Geschichte. Die Verträge können, wie der Oberminister bemerkte, nicht Grabsteine auf den Gräbern der Völker sein. Die Idee Mussolinis zielt auf eine größere Gerechtigkeit zwischen den Nationen ab, um solche Zusammenstöße und Brüche im Leben des mitgenommenen Europas zu vermeiden. Diese Maßnahmen, die der Außenminister Grandi auch durch harte Gegenläufe hindurch lag und tren verfolgt hat, erhebt unsere diplomatische Arbeit in eine höhere höhere Nobilität. Der Berichterstatter zitiert in diesem Zusammenhang ausführlich die bekannten Stellen aus Mussolinis großer Rede vom Sommer 1928, in der er betonte, daß die Verträge keinen Ewigkeitswert haben.

Paris, 12. März. Aus Rom wird gemeldet, daß in dem Dorf Ronco, das während des Stellansechens dicht hinter den deutschen Linien lag, die Lebersteine von fünf deutschen und zwei französischen Soldaten gefunden wurden, deren Identifizierung indessen bisher nicht möglich war. In einem Schützengraben am Fuße des Cornillet-Bergs sind ebenfalls Lebersteine von größeren Soldaten gefunden worden, doch fehlen über diese noch alle näheren Angaben.

#### Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile über dem Namen 20 Kop., Kleinanzeigen 10 Kop., Anzeigen 100 Kop., Zusätze, Offerte und Zustimmungen 20 Kop., Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnerfahrens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 5 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Zeitänderungen treten sofort alle früheren Bestimmungen außer Kraft. Berichtsfund für diese Zeile ist Neuenbürg. Für telef. Aufträge wird keine Gebühr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

### Uebersättigung Europas und Arbeitslosigkeit

e. Bei der Untersuchung über das Arbeitslosen-Problem hat sich in letzter Zeit immer mehr die Ansicht durchgesetzt, daß die überstarke Zunahme der Bevölkerung die Alleinursache daran trage. Selbst die auswärtige Politik einer großen Anzahl von Ländern — Amerika voran — hat sich diesem Weltgrund angegeschlossen und glaubt durch die Absperrung und Abriegelung ihrer Grenzen gegen Einwanderung ihre Arbeitslosenziffer senken zu können.

Diesen Bestrebungen gegenüber erscheint es angebracht, einmal die Sachlage an Hand der letzten Statistiken zu prüfen. Das Internationale Arbeitsamt, das sich im Augenblick mit einer eingehenden Untersuchung über die Ursachen der Arbeitslosigkeit der Welt befaßt, hat daher den Statistiker der Genfer Universität, Professor Derich, beauftragt, in einem Memorandum die Frage des Zusammenhanges zwischen der Arbeitslosigkeitsziffer und der Bevölkerungszunahme zu prüfen.

Die Tatsachen, die Professor Derich feststellt, sind in vieler Hinsicht interessant. Seit 1880, sagt Derich, hat sich die Zahl der Bewohner Europas fast verdreifacht. Von 300 Millionen im Jahre 1880 stieg sie auf 400 Millionen bis zum Jahre 1900; zehn Jahre später, im Jahre 1910, betrug sie schon 417 Millionen, und trotz des Weltkrieges, der Europa 24 Millionen Menschen kostete, trotz der ungeheuren Auswandererströme, die vor dem Kriege fast 1 1/2 Millionen Menschen jährlich aus Europa entführten, belief sich die Bevölkerungsziffer Europas im Jahre 1920 auf 450 Millionen. Heute wohnen 500 Millionen Menschen den Boden Europas, und der Augenblick läßt sich absehen, zu dem die Bevölkerungsziffer unseres Kontinents die sechshundert Millionen erreicht haben wird, das Dreifache der Bevölkerungsziffer des Jahres 1880.

Und doch glaubt Professor Derich nicht, daß die Zunahme der europäischen Bevölkerung die Ursache oder eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit ist. Die Bevölkerungszunahme Europas läßt sich auf Grund der Durchschnittsziffern der letzten Jahre auf 3 1/2 Millionen Menschen jährlich veranschlagen. Ueber die Hälfte davon entfällt auf sehr sparsam besiedelte Länder wie Rußland, Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien, die unter der Arbeitslosigkeit kaum zu leiden haben. Auf den Rest Europas entfällt, rechnet der Genfer Statistiker, eine Bevölkerungszunahme von knapp 2 1/2 Millionen Menschen jährlich, eine Ziffer, die bei einer Bevölkerung von 300 Millionen einen jährlichen Zuwachs von acht Nachkommen je 1000 Einwohner ausmacht. Sieht man davon noch die sieben- bis achtzehnhunderttausend Menschen ab, die in die außer-europäischen Länder auswandern, so bleibt ein Zuwachs von kaum sechs Einwohnern pro 1000, der kaum an dieser ungeheuren Krise schuld sein kann, die wir im Augenblick haben.

Aber nicht nur an Hand der europäischen Ziffern läßt sich nachweisen, daß die These, die der Bevölkerungszunahme irgendeinen Anteil an der augenblicklichen Krise beizumessen, nicht zutrifft. Die Ziffern der Vereinigten Staaten sind noch weit plastischer, gar nicht zu reden von dem hermetisch abgeschlossenen Australien, das trotz einer Bevölkerungsdichte von nur 7,6 Einwohnern je Quadratkilometer in seinem dichtbesiedelten Staat kaum noch Einwanderer aufnimmt. Die Bevölkerungsdichte in den Vereinigten Staaten beträgt im Durchschnitt fünfzehn Einwohner je Quadratkilometer; dies Land, sagt Professor Derich, kann als zu drei Viertel leerstehend betrachtet werden. Und trotzdem leiden die Vereinigten Staaten heute an einer Arbeitslosigkeit, die hinter der der am schwersten betroffenen europäischen Staaten in nichts zurückbleibt.

Bei einer eingehenden Untersuchung der Kurven der Bevölkerung in den verschiedenen Ländern der Welt kommt Professor Derich zu dem Ergebnis, daß die Zunahme der Bevölkerung je tausend Einwohner eher fällt als steigt, und daß insbesondere der Bevölkerungsoberdruck in den Ländern des Ostens mit Schmelzbarkeit abnehmen wird. Gegenüber einer ständig steigenden Produktion, sagt Professor Derich, wird sich eine ständig sinkende Bevölkerungszahl befinden, gegenüber einem ständig sinkenden Konsum wird eine ständig steigende Uebersättigung stehen, wenn nicht bald Maßnahmen getroffen werden, um immer höherer Krisen aus dem Wege zu gehen.

Und entgegen all der Tendenzen, die wir heute in der internationalen Bevölkerungspolitik sehen, entgegen auch den kurzfristigen Bestrebungen auf dem Gebiet der Handelspolitik, schließt der Statistiker und Sachverständige des Internationalen Arbeitsamtes mit den Worten: „Wenn wir der Arbeitslosigkeit mit Erfolg vorbeugen wollen, wenn wir sie eindämmen wollen, so müssen wir auf bevölkerungspolitischen Gebiet unser Ziel in der Freiheit der Ein- und Auswanderung setzen, ebenso wie wir auf dem Gebiet der Wirtschaft dahin streben müssen, zur internationalen Freiheit des Waren- und Geldverkehrs zu gelangen.“

#### Einheitsposttarif für ganz Europa

e. Auf einen französischen Antrag hin hat sich der Vorschlag der internationalen Handelskammer unter dem Vorherrschaft des französischen Ministers Durand und unter Beteiligung von Vertretern mehrerer europäischer Postverwaltungen mit dem von Briand und Stresemann seit langem vertretenen Gedanken eines einheitlichen europäischen Posttarifs befaßt. Die Beratungen haben die praktische Durchführbarkeit dieses Gedankens bewiesen. Es handelt sich darum, im Rahmen des Weltpostvereins die bestehenden Uebereinkommen zwischen den einzelnen europäischen Staatsgrup-



den zusammenzufassen. Die Landesgruppen der internationalen Handelskammer werden in diesem Sinne bei den Postverwaltungen ihrer Länder vorstellig werden.

Wir wissen aus der Geschichte, daß Zollunion und Verkehrsregelungen schon öfters zu Staatseinheiten geführt und die Voraussetzungen und Grundlagen der späteren Zusammenschlüsse abgegeben haben. Diese Einsicht mag auch Briand und Stresemann befeelt haben, als sie sich der Verwirklichung der Einheitsregelung des europäischen Posttarifs gewidmet haben. Von diesem Gesichtspunkte aus können wir den Bestrebungen nur ein günstiges Ergebnis wünschen.

### Dreiwitz rehabilitiert

Berlin, 11. März. Das Ehrengericht der Wirtschaftspartei hat zu den gegen den Parteivorstandenden Dreiwitz erhobenen Vorwürfen Stellung genommen und nach eingehender Beweisuntersuchung festgestellt, daß sich alle gegen den Parteiführer erhobenen Beschuldigungen als unbegründet herausgestellt hätten. Weder sei die Partei durch die wirtschaftlichen Unternehmungen und Gründungen des Parteiführers geschädigt worden, noch sei es zutreffend, daß die Vorbereitungen der Partei zur letzten Reichstagswahl durch das Verschulden des Parteivorstandenden zu spät erfolgt und Wahlgelder ungerecht verteilt worden seien. Es seien auch keinerlei Parteigelder zu privaten Zwecken für Dreiwitz verwendet worden. Im Gegenteil habe der Parteivorstand erhebliche Beiträge aus seinem Privatvermögen der Parteikasse zugewendet.

### Bürgschaften für die Russenaufträge

Berlin, 12. März. Durch die gestrigen Besprechungen beim Reichsfinanzminister ist Klarheit darüber geschaffen worden, daß Reich und Länder bereit sind, für die von den deutschen Industriellen in Rußland vereinbarten neuen Aufträge Ausfallbürgschaften zu übernehmen. Das Reich würde 50 Prozent, die Länder 50 Prozent für die im ganzen 100 Millionen betragenden zusätzlichen Aufträge übernehmen. Das heißt, diese Ausfallbürgschaft würde sich auf einen Betrag von 200 Millionen erstrecken. Den Restbetrag müßte die Industrie auf eigenes Risiko übernehmen. Allerdings haben sich auch einzelne Städte zur Übernahme weiterer Ausfallbürgschaften bereit erklärt in der Hoffnung, daß dadurch in der Wohlfahrtsfrage für die Erwerbslosen für sie Entlastung die Folge wäre.

Die Ausfallbürgschaften, mit denen die öffentlichen Finanzen belastet werden, sind unter diesen Umständen ziemlich groß. Die normale Ausfallbürgschaft, die das Reich bisher angenommen hatte, betrug im Jahre 1929 rund 2 1/2

Millionen, im Jahre 1930 122 Millionen und für das laufende Jahr war eine normale Ausfallbürgschaft von 200 Millionen vorgesehen, zu der nun für Reich und Länder weitere 100 Millionen hinzukommen würden. Allerdings betrachtet man das Risiko angesichts der normalen Einkünfte der russischen Zahlungen für nicht sehr groß. In löst bleibt allerdings noch die Frage der Vorfinanzierung oder Besicherung. Die russische Regierung ist bereit, für ein Fünftel der Bestellungen Wechsel auszustellen. Diese Wechsel müssen aber in Deutschland bevoorschaut werden. Nachdem das Reich und die Länder sich zur Übernahme der Ausfallbürgschaft bereit erklärt haben, dürften die in Aussicht genommenen Verhandlungen der Reichsbank und der großen Privatbanken über diese Frage wesentlich erleichtert sein.

Die russischen Aufträge würden sich durch die Neubestellungen mehr als verdoppeln. Sie betragen im vorigen Jahr 92 Millionen Rubel, im Jahre 1929 206 Millionen Rubel. Für das laufende Jahr waren wieder ungefähr normale Bestellungen in der Vorjahreshöhe in Aussicht genommen. Hier würde nun eine Erhöhung von 200 Millionen Mark weiterer Aufträge hinzukommen.

### Deutsch-polnischer Handelsvertrag

Warschau, 12. März. Nach einer beinahe 14stündigen ununterbrochenen Tag- und Nachtarbeit ist heute morgen kurz vor 6 Uhr der deutsch-polnische Handelsvertrag in dritter Lesung vom polnischen Sejm angenommen worden und zwar in namentlicher Abstimmung mit 180 gegen 75 Stimmen. Einige Stunden vorher wurde auch das deutsch-polnische Visaudationsabkommen mit 189 gegen 90 Stimmen in zweiter und dritter Lesung bewilligt. Für beide Verträge stimmten mit dem Regierungsbündel die Sozialisten und die nationalen Demokraten. Dagegen stimmten die Rechtsparlieren der Nationaldemokraten und der Christlichen Demokraten sowie die oppositionelle Bauernpartei.

### Hoehel bei Briand

Paris, 12. März. Der deutsche Botschafter von Hoehel hatte heute eine längere Unterredung mit Außenminister Briand. Die Unterredung fand im Zusammenhang mit dem kürzlichen Aufenthalt des Botschafters in Berlin und diente der Aussprache über die in Berlin gewonnenen Eindrücke. Im Laufe der Unterredung gab Außenminister Briand außerdem dem deutschen Botschafter Erklärungen über die zwischen England, Italien und Frankreich kürzlich erfolgte Einigung in der Flottenrüstungsfrage. Dabei soll Briand dem deutschen Botschafter ausdrücklich versichert haben, daß die Frage der Landabrüstung durch das Flottenabkommen nicht präjudiziert sei.

### Der Innenetat im Finanzausschuß

Stuttgart, 11. März. Der Finanzausschuß des Landtages führte heute die Debatte über die Finanzlage des Staates und der Gemeinden zu Ende. Der Abg. Schief (Dem.) stellte folgenden Antrag: Das Staatsministerium zu ersuchen, 1) solchen Gemeinden, die Unternehmungen durchführten, um Wohlfahrtserwerbslöse zu beschaffen, sofern sie dabei angemessene Löhne bezahlten, verlorene Zuschüsse zu geben, ähnlich wie das seitens der Arbeitslosenversicherung bei Notstandsarbeiten geschieht; 2) die Mittel durch Anleihen zu beschaffen und zunächst 2 Millionen RM. zur Verfügung zu stellen. Der Staatspräsident Innenminister Dr. Holz betonte, daß die Notlage der Gemeinden in Württemberg nicht so groß sei wie in anderen deutschen Ländern. Wenn die Gemeinden die neuen Steuermittel ausnützen würden, dann kämen sie über die schlimmste Zeit hinweg. Ein sozialdemokratischer Redner betonte, daß durch die außerordentlichen Beschuldigungen des Finanzministers das Vertrauen in seine Finanzreden erschüttert werde. Die Viersteuer würde beim Rückgang des Bergbaues nicht die gewünschten Erträge bringen. Staatspräsident Holz erklärte, daß der Gemeindevorstand und Städtetag es ablehnten, ihren Gemeinden die Wiederentstellung nicht wiedergewählter Bürgermeister zu empfehlen. Eine getrennte Behandlung von Wohlfahrtserwerbslösen und unterstützten Arbeitslosen bei Notstandsarbeiten sei nicht möglich. Von den 700 Wohlfahrtserwerbslösen entfielen mehr als die Hälfte auf Stuttgart, Ulm und Heilbronn. Mit den neuen Steuermitteln könnten die Gemeinden die Wohlfahrtserwerbslösen unterhalten. Finanzminister Dr. Dehlinger wandte sich gegen den Antrag Schief. Es sei ganz unmöglich, aus Darlehen verlorene Zuschüsse an die Gemeinden zu geben. Das Vorgehen des Gemeindevorstandes gegen ihn könne er nicht verstehen. Der preussische Finanzminister habe ähnlich wie er gehandelt. Der Etat für 1930 schließt mit einem weiteren Defizit von mindestens einer Million ab. Ein Redner des L.D. wünscht, daß der Wohnungskreditanstalt

mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Staatspräsident Dr. Holz weist auf den Ausgleichsstock hin; hier sei auch eine Reserve. Die Gemeinden mit vielen Wohlfahrtserwerbslösen würden höhere Unterstufungen bekommen. Ein Redner der Volkspartei ist der Ansicht, daß man im Sommer sehen werde, wie die Finanzlage sich gestaltet. Die Kürzung des Ausgleichsstocks sei verfehlt. Ein Redner der Deutschen Volkspartei erklärte, die Solidarität der Ortsvorsteher bei Bürgermeistern wählen nicht zu beanstanden. Die Finanzbeamten in den Gemeinden müßten so wie die Staatsbeamten bezahlt werden. Die Frage des Pensionsabbaues für Notstandsarbeiter sei vorfristig zu behandeln. Die Gebäudebrandversicherungsanstalt arbeite rein formalistisch und bürokratisch. Ein sozialdemokratischer Redner tritt für die Wahlfreiheit der Gemeindeglieder bei Ortsvorstehern ein. Die Solidarität der Körperschaftsbeamten gebe zu weiß. Staatspräsident Dr. Holz ist in dieser Frage der Auffassung, daß eventuell eine Wahlbedingung in Frage kommen könne, wenn durch die Verabsorgerorganisation die Kandidatenaussstellung unmöglich gemacht werde. Er räte zur Mäßigung im Vorgehen gegen etwaige Gegenkandidaten. Nach weiterer Debatte, an der sich Redner fast aller Parteien beteiligten, wurde abgebrochen. — Fortsetzung Donnerstag vormittag 9 Uhr.

### Herabsetzung der Gebühren für Schlachtvieh- und Fleischbeschau

Stuttgart, 11. März. Die Gemeinden sind berechtigt zur Deckung der durch die Schlachtvieh- und Fleischbeschau entstehenden Kosten für jede Schlachtvieh- und Fleischbeschau sowie für die Nachschau des von auswärts eingebrachten frischen Fleisches von dem Beförderer eine Besonderegebühr zu erheben. Die Kosten der Schlachtvieh- und Fleischbeschau betragen im wesentlichen in dem Aufwand für die Befolgung der mit festen Bezügen angelegten Schlachthof- oder Gemeinde-Tierärzte, Fleischbeschauer und Fleischbeschauer

oder in den Ausgaben für die Befolgung der die Schlachtvieh- und Fleischbeschau nicht im Hauptberuf ausübenden Personen nach Einzelleistungen. Damit, daß diese Befolgungen und Befolgungen seit 1. Februar d. J. der Kürzung um 6 v. D. unterliegen, haben sich die Kosten der Schlachtvieh- und Fleischbeschau entsprechend verringert. Die Gemeinden werden deshalb in einem Erlass des Innenministeriums verpflichtet, der bezeichneten Verringerung dieser Kosten entsprechend auch die bisher für jede Schlachtvieh- und Fleischbeschau sowie für die Nachschau des von auswärts eingebrachten frischen Fleisches von dem Beförderer erhobenen Besonderegebühren herabzusetzen. Die Herabsetzung soll in der Regel 4 v. D. der bisherigen Besonderegebühren betragen und hat sich auf alle Gebührensätze zu erstrecken. Nur der Satz für die Vergütung der Tierärzte des Tierarztes oder Fleischbeschauers ist von der Herabsetzung auszunehmen, weil diese Kosten nicht der Kürzung nach der Verordnung des Innenministeriums vom 20. Dezember 1930 unterliegen.

### Eingaben an den Landtag

Stuttgart, 11. März. In der Zeit vom 19. Januar bis 9. März sind an den Landtag 78 Eingaben eingereicht worden. Eine größere Anzahl von ihnen bezieht sich auf die Stellungnahme der Regierung zum Gutachten des Reichsparteikongresses und wendet sich gegen die beabsichtigte Aufhebung von Oberämtern, Amtsgerichten, Laten- und Reichsschulen. Staatsbeiträge werden gewünscht vom Bürgermeisteramt Waldhausen, O.V. Weßheim, zum Schulhausneubau in der Teilgemeinde Weßheim, vom Oberamt Weßlingen für die Verbesserung und die Instandhaltung von Otterstrecken, vom Bürgermeisteramt Bad Wergentheim, vom Landesverband württ. Amtsförperschaften für die Unterhaltung von Nachbarschaftsstraßen, vom Gemeindeverband Abersgau-Wasserberg für die Unterhaltung von Straßen, von der Bürgermeisterei Waldhausen, O.V. Weßheim, zur Erneuerung der Remsbrücke, ferner ein Staatsbeitrag zum Bau zur Förderung der Volkshochschule in Comburg, Weßlingen. Mehrere Eingaben wünschen Zinsermäßigung für die von der württ. Wohnungskreditanstalt bewilligten Darlehen. Der württ. Tierärzverein wendet sich erneut gegen das beabsichtigte Abschneiden, Gemeinderat und Bezirksrat Eßlingen wünschen den Ausbau der Eßlingerstraße auf Marburg, Eßlingen zu einer Fernverkehrsstraße. Der Verband der Kreisbeamten und Beamtinnen an den Strafanstalten und Gerichtsgefängnissen bittet um Einführung der 51-Stundenwoche. Der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs petitioniert um Einrichtung einer staatlichen Reiferschule auf der Kolonialstation in der Deilanstraße Weßlingen. Eine Eingabe des Landesauschusses der Frauenerwerbsverbände Württembergs bezieht sich auf die Neuordnung des Berufsschulwesens. Eine Eingabe der Gemeinden Sulzbach a. Murr, Vaihingen und Schönlach bezieht sich auf die Kurzaufweiserbesserung. Eine Eingabe des Drohgenvereins bezieht sich auf den Entwurf zu einem neuen Arzneimittelgesetz. Die Gemeinden Wülfingen und Gailbach wünschen die Weiterführung des Baues der Kleinrentalstraße. Eine Eingabe von Wilhelm Rönnerow in Waren l. R. bezieht sich auf die Einführung einer anderen Schrift.

### Jugenddienstpflicht

### Vorstoß des Stahlhelms in Baden u. Württemberg.

Stuttgart, 12. März. Im Dezember des vergangenen Jahres ist der Stahlhelm mit einem Aufruf für Einführung eines Jugenddienstjahres an die Öffentlichkeit getreten. Wie wir hören, hat nun schon der Landesführer des Stahlhelms Baden-Württemberg, von Neuville, den Staatspräsidenten von Württemberg und Baden eine ausführliche Denkschrift übergeben und die beiden Regierungen aufgefordert, umgehend in eine vorläufige Prüfung der Frage einzutreten. Die Denkschrift ist das Ergebnis der Arbeiten eines Ausschusses für Jugenddienst, zu dem auf Anregung des Stahlhelms hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, der Landwirtschaft, des Fürsorge- und Erziehungswesens, darunter auch der württ. Finanzminister Dr. Dehlinger, zusammengetreten waren. Der Ausschuss hat in einer Reihe von Untergruppen vor allem die organisatorische und rechtliche sowie die finanzielle Seite des Jugenddienstes sowie die Frage der Arbeitsmöglichkeiten geprüft und auch zu der Frage eines Dienstjahres der weiblichen Jugend Stellung genommen. Die Denkschrift kennzeichnet zunächst die gegenwärtige Erwerbslosenfürsorge und die bisherigen Arbeitslosenfürsorgevorrichtungen und unterzieht dann vor allem die für den Jugenddienst gegebenen Arbeitsmöglichkeiten einer eingehenden Untersuchung. Das Jugenddienstjahr soll zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr geleistet werden. Am jungen und ältere Dienstpflichtige zusammenzubringen, werden halbjährige Eintrittstermine vorgeschlagen, zugleich um Unterführer einzufahren und dem Arbeitsmarkt nicht zuviel

# Die kleine Frau Storkow

„Ich bin verheiratet. Herr Direktor!“ sagte die kleine Frau Maria Ananowna Storkow mit zitternden Lippen. Doch Direktor Kalkert lachte kurz auf. „Du leichtem Hohn in der Stimme sagte der Güne: „Was tut das schon, mein Kindchen! Sie sind verheiratet! Ja, zwar nicht! Sie sind jung . . . ich . . . fühle mich auch noch frisch! Also warum wollen Sie nicht einmal mit mir ausgehen?“ Die junge zarte Frau sah den frivolen Sprecher fassungslos an. Sie fand kein Wort der Entgegnung; sie fühlte sich erschlagen von soviel Höflichkeit. Kalkerts Blick blieb lange an dem schönen Gesicht, das so gar nicht zu einer jungen Frau passen wollte, das mehr kindhaft als frauenhaft wirkte, haften. Sie war schön, die kleine Frau Storkow, und wußte es nicht. Eine Russin . . . eine Emigrantin . . . so hieß es im Büro. Aber niemand wußte etwas Näheres über sie. Ganz still und zurückgezogen lebte sie mit ihrem Gatten, dem Russen Czogran Storkow, einem Manne mit schlohweißem Bart, der ihr Vater sein konnte. Und er war auch wie ein Vater zu dem Mädchen. Er hatte sich mit Maria verlobt, um sie so besser vor dem grausamen Leben schützen zu können. „Also, meine Liebe . . .!“ nahm der Direktor wieder gänzlich das Wort. „Ich erwarte Sie heute abend —

— sagen wir um acht Uhr, in der Weinabteilung bei Kempinski. Fragen Sie nach mir. Man wird Sie zu mir führen. Und dann wollen wir uns mal 'n recht netten, fröhlichen Abend machen. Sie schauen ja immer so bleich und traurig aus, daß es einem jammern kann. Gehen Sie nicht einmal Lust, richtig zu leben? Herrgott, wenn ich denke . . . so ein hübsches Keel . . . und lebt in der Einsamkeit wie eine Ronne.“ Das Telefon klingelte. Carlo Hollmann, die Privatsekretärin des Generaldirektors, meldete sich. „Der Herr Generaldirektor läßt zur Konferenz bitten!“ Kalkert sagte, daß er sofort kommen werde, wandte sich noch einmal zu Maria und sagte: „Also . . . nicht vergessen . . . abgemacht. Kleine! Um acht Uhr! Wiedersehen!“ Die kleine Frau Storkow sah eine ganze Weile wie angedonnert auf ihrem Platz. Dann erhob sie sich mühsam und verließ mit gequältem Gesicht das Zimmer. Sie hatte eine entsetzliche Angst! Sie wußte, was ihr drohte, wenn sie Kalkert nicht zu Gefallen war. Die Entlassung! Und dann . . . dann stand sie mit ihrem Gatten aller Mittel entblößt da. Czogran war seit Wochen krank. Er war 68 Jahre alt, hatte wie ein Freund und Vater die ganzen Jahre, da sie Kind war, für sie geschafft. Die schwerste, schlechteste Arbeit, ohne zu murren, hatte er sie bewältigt. Sein Alles war Maria, die er wie sein Kind liebte. Was wurde dann . . . ? Eine neue Stellung finden! Sie freute sich, wenn sie daran dachte. Jetzt, in der Zeit der furchtbarsten wirtschaftlichen Notlage, wo Tausende und Abertausende arbeitslos waren. Sie war . . . Russin, Emigrantin, galt als solche,

wenn sie auch nur in den frühesten Kindertagen in der Heimat gewesen war. Ihr dunkelblondes Lockenhaar erinnerte ebenso wenig wie das blaue Auge daran, daß sie Slawin war. Sie wirkte im Gegenteil wie eine Deutsche. Als sie durch das Vorgimmer schritt, sah der darin arbeitende alte Herr, der eine Art Faktotum Kalkerts war, auf. „Ah . . . die kleine Frau Storkow!“ Er wollte weiterprechen, aber als sein Blick über das weiche Antlitz flog, da stuchte er. „Frau Storkow . . .“ sagte er zögernd. „Hat . . . hat es Direktor Kalkert auch gesagt . . . Ihnen nahezutreten?“ Sie nickte und stieß hervor: „Ja, er . . . er will, daß ich heut' abend mit . . . mit ihm zusammen . . . bin!“ Und . . . ich . . . ich kann nicht.“ Hilflos sah sie der alte Mann an. Dann baute er die Fäuste und stieß, kaum hörbar, hervor: „Der Schuft . . . der Schuft! Und . . . wenn Sie . . . nicht kommen, dann . . . Ah . . . ich weiß . . . was dann ist. Und eine verheiratete Frau . . . die findet so schwer neue Stellung.“ Sie nickte und verließ das Zimmer. Der alte Zimmer — er war eine gute Seele . . . aber gebunden, von des Direktors Laune abhängig wie sie. Am Abend bei Kempinski. Direktor Kalkert wartete auf Maria. Sie würde kommen. Davon war er überzeugt. Ah . . . er kannte die Verhältnisse, unter denen Maria Storkow lebte. Wußte, daß sie jetzt, da der „alte Herr“ — wie er ihren Gatten nannte, so lange krank gewesen war, mehr denn je von ihm abhing. Pflüchlich schrak er auf. (Fortsetzung folgt.)



fälle ist durch diesen Prozess nicht erfolgt und ebensowenig eine Sühne für die außerordentlich schweren Gewalttakte, die gegen sieben deutsche Familien verübt wurden. Obwohl auch die Beweisaufnahme einwandfrei ergeben hat, daß der Leiter der polnischen Schule während der Wahlmonstrationen in nicht mißzuverstehender Art zu gewaltsamen Vorgehen aufgefordert hat, hat das Gericht sich nicht entscheiden können, ihn, dem Antrag des Staatsanwalts gemäß, wegen Aufstiftung zu verurteilen.

**Gedemnis um einen Schmutz.** Die Berliner Kriminalpolizei befaßt sich gegenwärtig mit einer merkwürdigen Angelegenheit, die sich um ein wertvolles Schmuckstück dreht und in die eine Berliner Filmschauspielerin verwickelt ist. Die

Schauspielerin erschien vor einigen Tagen bei einem bekannten Juwelier und brachte ihm ein Platinarmband zur Ausbesserung, aus dem ein Brillant ausgefallen war. Im Lauf der Verhandlung fragte die Dame, ob sie für das Schmuckstück einhundert Mark bekommen könne. Der Juwelier, der als Fachmann sofort sah, daß das Armband einen Wert von mindestens 10000 Mark hatte, schöpfte Verdacht und benachrichtigte die Polizei. Die Filmschauspielerin gab beim polizeilichen Verhör an, sie habe das Armband von einem Deutschamerikaner, mit dem sie in einem vornehmen Lokal dinert habe, „zur Erinnerung aus Dankbarkeit“ geschenkt bekommen. Die Polizei steht diesen Angaben sehr skeptisch gegenüber, da das Armband über und über mit Brillanten

besetzt ist. Es ist auch unklar, daß die Schauspielerin ein so wertvolles Stück um nur hundert Mark veräußern würde.

**Der „Kollege“.** Folgende „wahre Geschichte aus der Praxis“ veröffentlicht die „Münd. Med. Wochenschrift“:

„Kann, dessen Frau operiert wurde und nun mit einer Lungenentzündung im Krankenhaus liegt, zum Chirurgen: „Der Doktor, wie geht's denn meiner Frau?“

„Oder Doktor, wie geht's denn meiner Frau?“

„Oder Doktor, wie geht's denn meiner Frau?“

„Oder Doktor, wie geht's denn meiner Frau?“

**Gemeinde Birkenfeld.**  
Kommenden Samstag den 14. ds. Mts. wird die **Kathaus-Streue** einigemale probeweise ertönen.  
Birkenfeld, den 12. März 1931.  
Bürgermeisteramt: Neuhaus.

### Frühjahrsgefellensprüfung 1931.

Die **Gesellenstücke und Arbeitsproben** sind am Sonntag den 15. März 1931, vormittags 11 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, im Zeichenaal des Schulhauses **Neuenbürg** ausgestellt. Zum Besuch ist jedermann freundlichst eingeladen.

Der Vorsitzende der Prüfungsausschüsse:  
Kelle, Gemeinbesulrat.

### Bezirks-Obst- und Gartenbauverein Neuenbürg.

Am Sonntag den 15. März ds. Js., nachm. 3 Uhr, findet unsere

### Hauptversammlung

im Gasthaus zur „Eintracht“ in Neuenbürg statt.

**Tagesordnung:** 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Veranstaltungen, 3. Wahlen, 4. Besprechung von Obstbaufragen, 5. Gratisverlosung von Gegenständen und Pflanzen.

Vor der Versammlung wird an den jungen Bäumen der Alten Pforzheimer Straße der Schnitt vorgezeigt. Zusammenkunft 1 1/2 Uhr nachm. bei der Einmündung des Reutwegs.

Vorstand: Knodel.

### Schützen-Verein Neuenbürg e. V.

Am Montag den 16. März 1931 (nicht Samstag den 14. März), abends 8 Uhr, findet im Lokal (Kiefer) unsere jährliche

### Generalversammlung

statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Neuwahlen, 4. Beratung eoll. gest. Anträge, 5. Verschiedenes.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet das Schützenmeisteramt.

### Bund Königin Luise

Ortsgruppe Calmbach.

Zu der am Samstag den 14. März 1931, abends 8 Uhr, im Gasthof zum „Anker“ in Calmbach stattfindenden

### öffentl. Veranstaltung vom Bund Königin Luise

wird Jedermann herzlich eingeladen.

Rednerin:

Frau **Vlesinger-Stuttgart**, Gaufrührerin von Württemberg, Frau **Mann-Pforzheim**, Landes-Verbandsführerin von Baden-Württemberg.

Mitwirkende:

Singschar und Musikkapelle der Ortsgruppe Pforzheim.  
Eintritt frei!

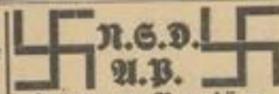
### Bieh-Verkauf.

Am Montag den 16. März 1931, von morgens 8 Uhr ab, steht in den Stallungen des **Friedrich König** gegenüber dem Bahnhof in H ö f e n ein großer Transport

erstkl. junger Milchkuhe, gutgewöhnter, trächtiger Kühe, ausnahmsweis schöner, hochträcht. Kalbinnen sowie schöner Zucht- und Einstellrinder zum Verkauf, wozu Kauf- und Tauschliebhaber freundlichst einladet



**Manfred Löwengardt, Rexingen.**



Ortsgruppe Neuenbürg.  
Heute abend 8 1/2 Uhr „Eintracht“.  
Die Ortsgruppenleitung.

### Entlaufen

ist vor einigen Tagen langh. **Dackel-Rüde** (rot mit schw. Deckhaar), „Ruffsch“.

W. Neuweiler II, Dennaeh.

### Günstige Gelegenheitskäufe!

**Biano**  
allererstes Markenfabrikat, schwarz poliert, wie neu, außergewöhnlich preiswert.

**Biano**  
gebraucht, schwarz, sehr gut im Ton, schönes, modernes Gehäuse, zu Mk. 600.—.

**Harmonium**  
kaum gespielt, Prachtinstrument, 20 Register, ungewöhnlich nieder im Preis.

Schmid & Buchwaldb, Pforzheim, Westf. 48, im Stoffhaus Sale eine Treppe.

Die Hausfrau wird sich freuen!

EXTRABLATT!

Lanella

schon unterwegs.

Kotenol, den 12. März 1931.  
**Todes-Anzeige.**  
Donnerstag früh verschied nach langem, schweren Leiden mein lieber Mann, unser treu-besorgter Vater, Schwiegervater, Schwager und Onkel  
**Johann Ludwig Pfeiffer,**  
Fuhrmann,  
im Alter von 60 Jahren.  
Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Friedrike Pfeiffer,** geb. May, mit Kindern.  
Beerdigung: Samstag nachmittag 1 1/2 Uhr.

### Bieh-Verkauf.

Von Montag morgen 8 Uhr ab steht im Gasthaus zum „Döfen“ in H ö f e n ein sehr großer, frischer Transport  
erstklassiger, gutgewöhnter Milchkuhe, hochträchtiger Kalbinnen, sowie eine große Auswahl schöner Zucht- und Einstellrinder zum Verkauf, wozu Kauf- und Tauschliebhaber freundlichst einladet  
**Rudolf Löwengardt & Söhne, Rexingen.**  
Inserate heben den Umsatz!

### Lichtbilder-Vortrag über Sowjet-Russland

kommenden Samstag den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus z. „Eintracht“ in Neuenbürg. Eintritt 25 Pf. Erwerbslose 15 Pf. Obiger Vortrag findet am Sonntag den 15. März, abds. 7 Uhr, in Birkenfeld im „Schwarzwaldrand“ statt.  
Kommunistische Partei, Ortsgr. Neuenbürg.

### Schneelauf-Verein Neuenbürg. Vereinsmeisterschaft

im Langlauf morg. Samstag. Start nachm. 3 1/2 Uhr, Gasthaus zur Wilhelmshöhe. Meldung am Start spätestens 3 Uhr. Damen u. Jugendliche 5 Km., Herrenklasse 10 Km., im Sprunglauf nächst. Sonntag vorm. 9 Uhr Hiegelhütte.  
**Zunftabend**  
morgen Samstag 8 Uhr, mit Preisverteilung im Vereinslokal „Hirsch“. Erscheinen Ehrensache!  
2 Paar Kinderstü, 1,50 Meter lang, mit Bindung und Socken zu je 11 Mark, sind noch abzugeben.  
Der Vorstand.

### Sommerprossen

werden unter Garantie durch **VENUS** (Stärke B) befestigt. Preis Mk. 2.75.  
In Neuenbürg: Apotheke Hugo Bozenhardt.  
In Herrensb: Kloster-Drogerie, Bernsbacher Str. 228.

### Musik-Verein Neuenbürg (e. V.)

Auf die morgen abends 8 Uhr im Schumacher stattfindende **General-Versammlung** des Musikvereins wird nochmals aufmerksam gemacht.  
Oberhausen.  
Wegen Todesfall verhandelt ich zwei junge, erstklassige ostfriesische **Rühe** neuneimelig und mit drei Kalb, tausche auch auf Schlachtkalb.  
Emil Luz.

### Familien-Drucksachen

liefert in vornehmer Aufmachung äußerst preiswert  
**C. Meeh'sche Buchhandlg.**

